

„Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte

Oliver Borszik

Am 8. März 2011 trat Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsanjani als Vorsitzender des Expertenrats, der u. a. die Aktivitäten des Revolutionsführers beaufsichtigt, zurück. Mit diesem Schritt leitete der formal drittmächtigste Politiker der Islamischen Republik Iran und einer der letzten engen Weggefährten Ayatollah Khomeinis seinen allmählichen Rückzug aus dem Machtzentrum ein.

Analyse

Rafsanjani war mit dem Rücktritt offensichtlich seiner drohenden Absetzung zuvorgekommen. Seit den umstrittenen Präsidentschaftswahlen von 2009 hatte er sich für den Ausgleich im Konflikt zwischen dem Regime und der oppositionellen „Grünen Bewegung“ stark gemacht. Mit dem Aufruf von Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi – zwei der bekanntesten Führer der „Grünen Bewegung“ – zu Solidaritätskundgebungen mit den protestierenden Tunesiern und Ägyptern am 14. Februar 2011 erfuhr der Konflikt eine erneute Zuspitzung. Drei Tage zuvor, am 32. Jahrestag der islamischen Revolution, hatte das Regime bereits seine Sympathie mit dem „islamischen Erwachen“ in der arabischen Welt bekundet.

- Nachdem die iranische Führung nach der Revolution von 1979 die begrenzte Wirkung ihres Sendungsbewusstseins in der übrigen islamischen Welt konstatieren musste, erhoffte sie sich von den gegenwärtigen Unruhen in der arabischen Nachbarschaft eine Dominanz religiöser Wirkfaktoren.
- Der Anspruch, Wegbereiter des „islamischen Erwachens“ in der arabischen Welt zu sein, ist für das iranische Regime konstitutiv und so sah es die Chance, die Umbrüche in der Nachbarschaft für das eigene Projekt zu usurpieren und gleichzeitig Irans „Grüne Bewegung“ von den arabischen Protestbewegungen zu isolieren.
- Die „Grüne Bewegung“ stellt ihr eigenes Wirken wiederum in den größeren Kontext eines die gesamte Region erfassenden Aufbegehrens gegen autokratische Strukturen.
- Die konkurrierenden Aneignungsversuche der arabischen Umbrüche durch das Regime und die „Grüne Bewegung“ sowie der allmähliche Rückzug Rafsanjanis als Vermittler werden erhebliche Konsequenzen für die weitere Entwicklung in Iran haben. Kritiker und Anhänger des Regimes stehen sich immer unversöhnlicher gegenüber.

Schlagwörter: Iran, Führungsanspruch, arabische Unruhen, Grüne Bewegung

Irans Führungsanspruch

Als in Tunesien und Ägypten die Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali und Husni Mubarak gestürzt wurden, waren nicht nur die arabische Welt und der Westen überrascht, sondern auch die iranische Staatsführung. In einem politischen Kraftakt hatten sich die demonstrierenden Massen von ihren autokratischen Regimen kurzerhand selbst befreit. Ursache der Proteste war eine umfassende sozioökonomische Krise, die sich in Wohnungsnot, hoher Arbeitslosigkeit und steigenden Lebenshaltungskosten äußerte.¹ Aber auch der Zorn der Bevölkerungsmassen auf korrupte und sich selbst bereichernde staatliche Eliten, die von der Alleinherrschaft eines der Ihren profitierten, war ein Leitmotiv der Unruhen. Der tunesische Gemüsehändler Mohamed Bouazizi, der sich in seiner Verzweiflung am 17. Dezember 2010 selbst verbrannte, wurde zur Symbolfigur für die jahrzehntelang angestaute Ohnmacht großer Bevölkerungsteile, die sich grundlegender Rechte und damit ihrer Würde beraubt sahen. Für anfängliche Sprachlosigkeit musste beim iranischen Regime die Tatsache gesorgt haben, dass sich nicht die von Teheran umworbenen Palästinenser, sondern ausgerechnet überwiegend jugendliche „Entrechtete“ (*mostaz'afin*) in Tunesien und Ägypten innerhalb kürzester Zeit und ohne jegliche Bezugnahme auf die islamische Befreiungsideologie Irans erhoben hatten; Bevölkerungsschichten, die kaum Aussicht auf Existenzsicherung besaßen, und die der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad erst einige Jahre zuvor für sich als potentielle Anhängerschaft entdeckt hatte (Fürtig 2007: 120). Die Protestierenden rekurrten jedenfalls nicht unmittelbar auf die Inhalte des panislamischen und revolutionären Führungsanspruchs Irans, um dessen konzeptionelle Weiterentwicklung sich die iranische Staatselite bemüht hatte.

Ursprünglich hatte der iranische Revolutionsführer Ayatollah Khomeini den Begriff der *mostaz'afin* geprägt. Seit der siegreichen islamischen Revolution von 1979 zählen sie zur Kernzielgruppe des Führungsanspruchs Irans. Bis zu seinem Tod im Juni 1989 hatte Khomeini die Klientel der *mostaz'afin* stets adressiert. Irans Staatsführung appellierte wiederholt an die *mostaz'afin*, dass sie ihre Zuflucht nicht in den aus iranischer

Sichtweise gescheiterten oder scheiternden westlichen Ideologien wie Liberalismus, Kommunismus oder Zionismus, sondern allein im Islam suchen sollten. Die revolutionäre Mission des iranischen Führungsanspruchs besteht nach wie vor darin, jegliche Dominanz der „Mächtigen“ (*mostakbarin*), an deren Spitze die USA und Israel stehen, zu beenden und alle Muslime und *mostaz'afin* weltweit von ihrer Unterdrückung zu befreien. Als ersten Schritt auf diesem eingeschlagenen Weg beabsichtigte Khomeini die Gründung einer weltweiten „Partei der *mostaz'afin*“. So hatte er anlässlich des ersten Jerusalemtages (*ruz-e jahani-ye qods*), der von Khomeini vor dem Hintergrund der angestrebten Befreiung Jerusalems eingeführt wurde und jeweils am letzten Freitag des arabischen Fastenmonats Ramadan abgehalten wird, im August 1979 noch seine Hoffnung geäußert, „dass eine weltweite Partei mit dem Namen ‚Partei der *mostaz'afin*‘ entsteht, dass sich alle *mostaz'afin* an dieser Partei beteiligen und die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, beseitigt werden“ (Khomeini 1982: 93 f.).

Auf der politischen Agenda dieser Partei räumte er der Befreiung Jerusalems die höchste Priorität ein. Der visionäre Ansatz einer „Partei der *mostaz'afin*“ scheiterte jedoch, bevor er umgesetzt werden konnte.

Der erste Golfkrieg (1980-1988) gegen den damals vom Ba'th-Regime Saddam Husseins regierten Irak wurde über mehrere Jahre hinweg unter dem Vorzeichen einer Befreiung der irakischen Bevölkerung von ihrem diktatorischen Herrscher geführt. Einen solchen Befreiungskrieg verstanden Teile der iranischen Führungselite als Vorstufe für die beabsichtigte Befreiung Jerusalems, der unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser und Libanesen und letztlich aller Muslime und *mostaz'afin*. In der arabischen Welt stießen Irans Konzepte zur Umsetzung dieser ambitionierten revolutionären Mission weitestgehend auf Ablehnung. Sie stand sowohl der politischen, theologischen und ideologischen Dimension des islamischen Einheitsgedankens (*vahdat-e eslami*) als auch den verschiedenen Ansätzen des Revolutionsexports (*sodur-e enqelab*) misstrauisch gegenüber. Vor allem dessen ultraaktivistische und kompromisslose Variante, die islamische Revolution unter allen Umständen zu exportieren, erzeugte nicht nur bei den arabischen Machthabern, sondern auch bei der eigentlichen Zielgruppe der *mostaz'afin* enormen Widerstand. Im Rahmen des

¹ *Al-Akhbar* vom 15.01.2011, online: <www.al-akhbar.com/node/1910> und *ash-Sharq al-Awsat* vom 18.01.2011.

Revolutionsexports wurden aber auch pragmatische Maßnahmen getroffen. Als Reaktion auf den israelischen Einmarsch im Libanon im Juni 1982 entsandte Teheran eine für islamische Befreiungsbewegungen zuständige Sondereinheit der Revolutionsgarden (Pasdaran) über Syrien in den Libanon. Die Mission der *Pasdaran* bestand weniger darin, direkt gegen israelische Truppen zu kämpfen, als vielmehr in der militärischen und finanziellen Unterstützung der libanesischen *Hizballah* in ihrem Widerstand gegen Israel. Gleichzeitig halfen die *Pasdaran* aber auch der schiitischen Gemeinde des Libanon beim Aufbau von Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

Gegenüber der sunnitischen Hamas, die während der palästinensischen *Intifada* im Winter 1987 aus der ägyptischen Muslimbruderschaft hervorgegangen war und sich zunehmend als politischer Akteur etablierte, startete Iran unter dem Vorzeichen der Befreiung aller Palästinenser aus ihrer „zionistischen Vorherrschaft“ eine Offensive mit ideologisch-ökumenischem Gehalt. Ab 1989 gab Khomeinis Nachfolger als Revolutionsführer, Ayatollah Ali Khamenei, mehrfach zu verstehen, dass die islamische Revolution ungeachtet aller Anstrengungen der Gegnerschaft Irans, sie einzudämmen und zu diskreditieren, erfolgreich exportiert worden sei und zwar durch deren inspirierende Modellfunktion. Den Beweis dafür sah er vor allem im „islamischen Erwachen“ Libanons und Palästinas.²

Während der Präsidentschaften Rafsanjanis (1989-1997) und Mohammad Khatamis (1997-2005) durchlief die iranische Staatselite bei der Umsetzung ihres Führungsanspruchs Lernprozesse, die bereits zu Lebzeiten Khomeinis eingesetzt hatten.³ Die konzeptionellen Ansätze der Ära Khomeini wurden modifiziert. Diese vergleichsweise lange Phase in der Geschichte der Islamischen Republik war nicht nur in der arabischen Welt mit der Hoffnung auf eine Mäßigung oder gar Aufgabe der revolutionären Ambitionen Teherans in der Region verbunden. Neben dem bis heute verfolgten theologisch-ideologischen Ansatz einer islamischen Ökumene propagierten Akteure wie

Khamenei und Rafsanjani die Modellfunktion der islamischen Revolution und die staatliche Vorbildlichkeit der Islamischen Republik Iran. Der Nachfolger Rafsanjanis, Mohammad Khatami, brachte einerseits die innovative Idee hervor, die innerislamische Ökumene auf einen internationalen Dialog der Kulturen (*goft-o-gu-ye tamaddonha*) auszuweiten. Er war aber auch maßgeblich an der Ausgestaltung des ambivalenten Konzepts der religiösen Demokratie (*mardom-salari-ye dini*) beteiligt (Khatami 2009: 134-146). Obwohl auch Khatami – wie die gesamte politische Elite Irans – antizionistisches Gedankengut hegt und den ideologischen Denkraum der Revolution nie verlassen hat (Ahouie 2008), akzentuierten andere Politiker, wie etwa sein Nachfolger Mahmud Ahmadinejad, diese Aspekte wesentlich stärker. Letzterer bedient sich bevorzugt einer kompromisslos antizionistischen Rhetorik und geriert sich als ultraaktivistischer Verfechter einer globalen Mission seines Landes (Fürting 2007: 121 f.). Dadurch enttäuschte er sowohl innerhalb als auch außerhalb Irans schlagartig sämtliche Erwartungen, die noch an seinen Vorgänger gestellt worden waren.

Die arabischen Unruhen als „islamisches Erwachen“

Die arabische Protestwelle, die in Tunesien ihren Anfang nahm und sich nahezu auf den gesamten Maghreb, Ägypten sowie Teile des Nahen Ostens und der von Iran benachbarten Golfregion – vor allem Bahrain und Jemen – ausdehnte, hat in Iran die von vielen erfolgreich verdrängten Erinnerungen an die dramatischen Ereignisse um die Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 erneut wachgerufen. Der lebhafte Wahlkampf zwischen den Hauptprotagonisten Mahmud Ahmadinejad und dem ehemaligen Premierminister Mir Hossein Mussawi hatte zunächst in der Bevölkerung eine fast euphorische Hoffnung auf gesellschaftliche und politische Öffnung ausgelöst. Die Fernsehduelle der beiden Kandidaten wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, deren Anhänger skandierten friedliche Parolen und auf den Straßen herrschte eine ausgelassene Stimmung. Als Folge dessen war später die Wahlbeteiligung rekordverdächtig hoch. Erst nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse schlug die Stimmung um und die Staatsmacht griff zu allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Repression, um die über Facebook,

2 BBC-SWB, ME/0713/A/1 vom 15.03.1990 und BBC-SWB, ME/0868/A/1 vom 13.09.1990.

3 Im Frühjahr 1988 hatte Khomeini die Gründung eines Schlichtungsrats zur Ausbalancierung revolutionärer Werte mit staatlichen Interessen veranlasst und im Juli 1988 die UN-Sicherheitsratsresolution 598 zum Waffenstillstand zugunsten des Interesses der Revolution und des Systems akzeptiert.

Twitter und Mobiltelefone organisierten Straßenproteste der „Grünen Bewegung“ (jombesh-e sabz) gegen die vermutete Wahlfälschung zu ersticken. Die Folge der Ereignisse um die Wiederwahl Ahmadinejads führte zur schwersten innenpolitischen Krise der Islamischen Republik Iran seit ihrer Gründung 1979 und hat das mehrheitliche Grundvertrauen der Bevölkerung in das System der Islamischen Republik schwer beschädigt (Fürting 2009: 7).

Deshalb stand die iranische Führung nach dem Beginn des arabischen Aufstands in einem Bewertungsdilemma. Nach einer kurzen Besinnungsphase ordnete sie die Geschehnisse in der arabischen Welt in die Parameter ihrer Weltanschauung ein. In einer Freitagspredigt am 4. Februar 2011 stellte Khamenei fest, dass der „Widerhall“ des „Rufs der iranischen Nation“ heute in mehreren Regionen der islamischen Welt zu vernehmen sei und es sich bei den Ereignissen in Tunesien und Ägypten um eben jenes „islamische Erwachen“ handele, das seinen Ausdruck im Sieg der islamischen Revolution in Iran gefunden habe.⁴ In der Folgezeit, so Khamenei weiter, sei die islamische Revolution aufgrund ihrer „Widerstandskraft“ gegenüber der ideologischen Gegnerschaft und die Islamische Republik aufgrund ihres „islamischen“ und „demokratischen“ Vorbildcharakters (Wahlen!) stets eine „Inspiration“ für die potentielle Anhängerschaft in der islamischen Welt gewesen. Als Hauptursache der ägyptischen Unruhen, die „im Namen Gottes“ geführt worden seien und als deren Keimzelle Moschee und Freitagsgebet auszumachen wären, bezeichnete er ihre Demütigung durch Mubaraks „blinden Gehorsam“ gegenüber den USA und Israel.

Irans offizielle Feierlichkeiten zum 32. Jahrestag der islamischen Revolution am 11. Februar 2011 (22. Bahman), die mit dem Sturz Mubaraks zusammenfielen, standen ganz im Zeichen des Umbruchs in der arabischen Welt. In seiner Ansprache ermutigte Ahmadinejad die Menschen in Tunesien, Ägypten und der gesamten Region zum Kampf für „Freiheit und Souveränität“ und dazu, ihr „Schicksal selbst zu bestimmen“ und eine Regierung „ihrer Wahl“ zu wählen.⁵ Gleichzeitig forderte er die islamischen Nationen auf, „wachsam“ gegenüber den „Mächten der Weltarroganz“ und insbesondere gegenüber dem „zionistischen Re-

gime“ zu sein. Nicht nur Ahmadinejad, sondern auch namhafte Anhänger wie der ehemalige Oberkommandeur der *Pasdaran*, Yahya Rahim Safavi, sahen gar einen „islamischen Nahen und Mittleren Osten“ entstehen.⁶

Aus dieser Perspektive sind die Ereignisse in Tunesien und Ägypten für die Regierung Ahmadinejads eine willkommene Gelegenheit, um die Aufmerksamkeit von ungelösten Problemen im eigenen Land auf die angebliche Vitalität der islamischen Revolution in der arabischen Welt zu lenken.⁷ Als Khamenei vom „Widerhall“ der islamischen Revolution sprach, bezog er sich auf Diskurse der iranischen Staatselite, die seit 1979 geführt wurden. Sie war es schließlich, die in ihren zahlreichen Äußerungen zur islamischen Einheit und zum Revolutionsexport der arabischen Welt über all die Jahre hinweg ihre revolutionären Botschaften verkündet hatte. Wiederholt hatte sie auf die Lage der *mostaz'afin* in Ägypten, Marokko oder Jordanien aufmerksam gemacht und dabei – ob kalkuliert oder nicht – die hohen politischen Kosten für ihre Kritik an den „verräterischen“, „reaktionären“ und „westhörigen“ arabischen Herrschern in Kauf genommen. So hatte sich Ayatollah Khomeini im November 1981 erzürnt: „Welches Recht hat ein Scheich, ein Staatspräsident oder ein König [...], über ein Land zu regieren und dabei zu beabsichtigen, es für israelische Interessen zu opfern? Die Regierungen müssen erwachen! Sie dürfen in den Spitzen dieser Regierungen nicht mehr auf den Gedanken kommen, der Dienst an der Nation sei irrelevant! Für die Nation haben sie überhaupt nichts getan!“⁸ Auch wenn die Wortwahl Khomeinis aus heutiger Sichtweise unzeitgemäß ist, trifft der Inhalt den Kern der Probleme, mit denen sich die Demonstranten in der arabischen Welt 30 Jahre später noch immer konfrontiert sehen.

Nach dem aus Teherans Perspektive lang ersehnten Sturz Mubaraks beansprucht das iranische Revolutionsregime seinen Anteil des revolutionären Erfolgs der Ägypter für sich. Angesichts der arabischen Unruhen beließ man es nicht nur bei Worten, sondern es folgten auch Taten

⁶ *Press TV* vom 12.02.2011.

⁷ Im Umgang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, so die Zeitung *Mardom Salari*, verfolge die Regierung eine Vermeidungsstrategie. Sie gebe die Arbeitslosenrate einfach nicht bekannt, um das Problem zu lösen. *Mardom Salari* vom 05.03.2011, online: <www.mardomsalari.com/Template1/News.aspx?NID=100063>.

⁸ Vgl. Khomeini (2003: 22).

⁴ *BBC Monitoring Middle East* vom 04.02.2011.

⁵ *Mideastwire* vom 17.02.2011.

und so wurde am 27. Februar 2011 in Teheran eine Konferenz zum „islamischen Erwachen in der arabischen Welt“ veranstaltet. Zu den Anwesenden zählte mit Kamal el-Helbawy auch der ehemalige Sprecher der Muslimbruderschaft im Westen, der sich nicht nur offen antizionistisch, sondern zudem durchaus anerkennend zur panislamisch-revolutionären Führungsrolle Irans geäußert haben soll.⁹ Teheran dirigierte am 22. Februar 2011 – dank der neuen Bewegungsfreiheit – erstmals seit 1979 zwei Kriegsschiffe durch den Suez-Kanal nach Syrien.¹⁰ Mit diesem Manöver, das von Mubaraks Regime stets kategorisch abgelehnt worden war, zog Iran einen unmittelbaren Nutzen aus dem Wandel in Ägypten und demonstrierte symbolisch regionale Präsenz. In einem Interview mit der libanesischen Zeitung *al-Akhbar* formulierte der iranische Außenminister Ali Akbar Salehi, Teheran erwarte zwar nicht, dass „Ägypten von einem Tag zum anderen ein Verbündeter (halif) Irans und ein Feind (mu’adiya) der USA“ werde.¹¹ Er stellte aber zugleich fest, dass der regionale Wandel in keinem Fall den „israelischen Interessen“ in der Region diene.

Die arabischen Unruhen als Selbstbefreiung

Weder Mir Hossein Mussawi noch dessen Mitstreiter, der ehemalige Parlamentssprecher und Aufseher der iranischen Pilger nach Mekka, Mehdi Karrubi, konnten ihren Anhängern bisher ein überzeugendes Alternativangebot zum bisherigen Regime unterbreiten. Die bekanntesten Anführer der „Grünen Bewegung“ haben keine konsistente Agenda, hinter der sie eine heterogene Protestbewegung gegen das bestehende Regime vereinen könnten. Alles bleibt im Ungefähren. So erkannte Karrubi – dessen Partei „Nationales Vertrauen“ (E’temad-e Melli) samt ihrer Zeitung verboten wurden – den Präsidenten Ahmadinejad zwischenzeitlich als rechtmäßigen Regierungschef an, um wenig später jegliche Kompromissbereitschaft gegenüber der Regierung zu dementieren.¹² Auch warnte er vor Parolen, die einen „Bruch mit

dem System“ postulieren, erklärte aber gleichzeitig, dass die Protestbewegung eine „eigenständig“ handelnde Volksbewegung sei. Ungeachtet der Erfahrungen der Menschen mit dem Regime glaubt er weiterhin an einen „religiösen Staat“.

Angesichts der arabischen Unruhen ergriffen Teile der iranischen Opposition die Initiative und versuchten, eine stabile Verbindung zwischen der „Grünen Bewegung“ in Iran und den Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten herzustellen. So war etwa auf „Kaleme“, dem Nachrichtenportal der „Grünen Bewegung“, in einem Artikel zu lesen: „2009 haben die Ägypter die Protestkundgebungen von Millionen Iranern gesehen und sich gesagt: ‚Warum können wir das nicht?‘, ‚Warum sind wir schwach und kraftlos?‘“. Die „Grüne Bewegung“ habe die Ägypter und Tunesier „inspiriert“, so die logische Schlussfolgerung. Anlässlich der „positiven Resultate der Proteste in der arabischen Welt“ hätten diese nun umgekehrt einen „Katalysatoreffekt“ für die iranische Oppositionsbewegung. Entscheidend an dieser Analyse aber ist, dass sich die Verfasser des Artikels auf Aussagen beriefen, die auf CNN gesendet wurden. Einige studentische Aktivisten aus Tabriz gingen in einem veröffentlichten Flugblatt sogar so weit, die „nach Freiheit strebenden Menschen in Iran, Ägypten, Tunesien, Jordanien und Algerien“ als „Grüne Bewegungen der regionalen Nationen“ zu bezeichnen.¹⁴ Der Aufruf Mussawis und Karrubis zu den geplanten Solidaritätskundgebungen, so die Aktivisten weiter, stehe im „Interesse aller freiheitlichen Menschen in der Region“.

Mit ihrem Aufruf zu Solidaritätskundgebungen für die Menschen in Tunesien und Ägypten am 14. Februar 2011 (25. Bahman) statt am 11. Februar 2011, dem Tag der offiziellen Revolutionsfeiern, schlugen die Anführer der „Grünen Bewegung“ einen riskanten Weg ein. In Konkurrenz zur Regierung Ahmadinejads beanspruchte die „Grüne Bewegung“ um Mussawi und Karrubi damit nicht nur die Deutungshoheit über die Ereignisse in der Region für sich, sondern auch über die islamische Revolution in Iran. Die studentischen Verfasser des Flugblatts beschreiben die „Grüne Bewegung“ als eine „Bewegung, die vor zwei Jahren im Protest an der beobachteten Abweichung der Herrschaft von den hohen und edlen Wünschen

9 Mehrnews vom 27.02.2011, online: <www.mehrnews.com/en/newsdetail.aspx?NewsID=1263085>.

10 NZZ vom 22.02.2011, online: <www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/iranische_kriegsschiffe_im_suez-kanal_1.9637090.html> und *al-Hayat* vom 04.03.2011, online: <www.daralhayat.com/portalararticlendam/240680>.

11 *Al-Akhbar* vom 07.03.2011, online: <www.al-akhbar.com/?q=node/5764>.

12 *Der Spiegel* vom 01.02.2010 und vom 08.02.2010.

13 *Kaleme* vom 14.02.2011, online: <www.kaleme.com/1389/11/25/klm-47557/>.

14 *Kaleme* vom 12.02.2011, online: <www.kaleme.com/1389/11/23/klm-47365/>.

der Revolution entstand und sich Tag für Tag vervollkommnet“.¹⁵ Wenige Stunden vor der Kundgebung wurden die Kommunikationswege der unter Hausarrest gestellten Oppositionsführer abgeschnitten. Geplant war eine erneute Kraftprobe mit dem Regime. Das Ausmaß der vom iranischen Innenministerium prompt verbotenen Kundgebungen am 14. Februar 2011, an der die „Unruhestifter“ nicht mehr teilnehmen konnten, sollte im direkten Vergleich zur Anzahl der Teilnehmer bei den offiziellen Revolutionsfeiern über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in Iran informieren. Trotz des verhängten Demonstrationsverbots nahmen in Teheran, Isfahan und Schiraz mehrere tausend Menschen an Kundgebungen teil, die von den Behörden gewaltsam aufgelöst wurden.¹⁶

Das Nachspiel des 14. Februar 2011

Für Mussawi und Karrubi haben die Aneignungsversuche der arabischen Revolutionen durch die „Grüne Bewegung“ ein folgenschweres Nachspiel. Im Umgang mit der Protestbewegung und ihren geschwächten Führungspersonlichkeiten ist das Regime in Iran zu keinerlei Zugeständnissen mehr bereit. Im Gegenteil, um dem Schicksal zu entgehen, das Zine el-Abidine Ben Ali und Husni Mubarak widerfuhr und das auch anderen Machthabern in der arabischen Welt droht, ist die iranische Führung fest entschlossen, im Namen der Revolution gegen die „Unruhestifter“ durchzugreifen. So hat Khamenei den Hausarrest von Mussawi und Karrubi sowie deren Verhaftung und Überführung an einen unbekanntenen Ort stillschweigend geduldet.

In den regimenahen Medien wurde eine massive Pressekampagne zur Verurteilung der Solidaritätskundgebungen gestartet.¹⁷ Auch im Expertenrat und im iranischen Parlament breitete sich nach den ungenehmigten Kundgebungen eine Welle der Empörung aus. Forderten zunächst einige Abgeordnete in einer spontanen Reaktion den Tod der Oppositionsführer, so wurde wenige Tage später der bürokratische Weg eingeschlagen.

15 *Kaleme* vom 12.02.2011, online: <www.kaleme.com/1389/11/23/klm-47365/>.

16 *NZZ* vom 14.02.2011.

17 An der Kampagne beteiligten sich u.a. die Zeitungen *Kayhan*, *Jomhuri-ye Eslami*, *Resalat*, *Siyasat-e Ruz* und *Jam-e Jam*. Die Grundargumentation der Medien war, dass die „Unruhestifter des 25. Bahman“ nur Marionetten der Regierungen in Washington, Tel Aviv und London sind, die bei der iranischen Bevölkerung zudem keine Anerkennung finden.

Am 3. März 2011 veröffentlichte die regimenahen Zeitung *Kayhan* den Bericht einer „Kommission zur Untersuchung der Verschwörung des 25. Bahman“, der dem Parlament vorgelegt worden war. Darin wurden Mussawi und Karrubi „Konterrevolutionäre“ und „Verräter der Nation“ genannt, die in „einen umfassenden israelisch-amerikanisch-britischen Plan“ verwickelt seien, in Iran „Unruhe zu stiften“ und „Zwietracht zu säen“ und daher eine „strafrechtliche Verfolgung verdienen“.¹⁸ Als Agenten einer „verschwörerischen“ psychologischen Kriegsführung des Westens gegen die islamische Revolution und „Konterrevolutionäre“ dargestellt zu werden, bedeutet für Mussawi und Karrubi die letzte Stufe einer bereits länger anhaltenden Demontage. Auch wenn beide früher oder später wieder in ihre Wohnungen zurückkehren dürfen, bliebe ihre Kommunikations- und Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. In den Lernprozessen der „Grünen Bewegung“ im kreativen Umgang mit dem Revolutionsregime erlebte die Bewegung wiederholt Rückschläge, die seit den Unruhen in der arabischen Welt einen negativen Höhepunkt erreicht haben.

Zur Erklärung der „Zwietracht“ unter den Menschen in Iran, die in den konkurrierenden Aneignungsversuchen der arabischen Unruhen durch das Regime und die „Grüne Bewegung“ erneut zum Ausdruck gekommen ist, greift die iranische Führung auf das bewährte Argument der Verschwörung gegen die islamische Revolution zurück. Die Kosten dafür tragen Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi, sowie – zuletzt – auch Hashemi Rafsanjani. In einer Freitagspredigt am 17. Juli 2009 hatte Letzterer noch gefordert, das beschädigte Vertrauen der Menschen in das politische System Irans müsse durch Dialog sowie konkrete Maßnahmen wiederhergestellt werden. In Anbetracht des kompromisslosen Vorgehens gegen die „Grüne Bewegung“ ist die von Rafsanjani geforderte nationale Versöhnung, bei der mögliche Gründe für die „Polarisierung“ in Iran sachlich erörtert worden wären, praktisch gescheitert.¹⁹ Durch das Ausscheiden Rafsanjanis aus dem Expertenrat ist eine Aussöhnung zwischen Regimekritikern und -befürwortern in weite Ferne gerückt.

18 *Kayhan* vom 03.03.2011, online: <www.kayhannews.ir/891212/14.htm#other1401>.

19 *As-Safir* vom 10.03.2011, online: <<http://assafir.com/Article.aspx?EditionId=1793&ChannelId=42125&ArticleId=1173&Author=C3%93%C3%87%C3%98%C3%A9%A%20%C3%A4%C3%A6%C3%91%20%C3%87%C3%A1%C3%8F%C3%AD%C3%A4>>.

Ausblick

Am 14. Februar 2011 ist der „Grünen Bewegung“ bereits ihr zweiter Anlauf misslungen, die Deutungshoheit über den Gehalt der islamischen Revolution von 1979 zu erringen. Doch ist das Erwachen der arabischen Welt, auf das Irans Aufmerksamkeit gerichtet ist, tatsächlich ein „islamisches Erwachen“, aus dem die Kräfte des politischen Islam gestärkt hervor gehen werden und das im Sinne einer dezidierten Konfliktorientierung auf Israel und die USA zu verstehen ist? Oder finden entideologisierte und modellhafte Versuche hin zu mehr Pluralismus, Freiheit und Demokratie statt? Ökumenisch orientierte Reformer und Intellektuelle vom Format eines Mohammad Khatami könnte das ermuntern, den ideologischen Denkraum der islamischen Revolution erstmals zu verlassen, um den Menschen in Iran ein alternatives Angebot zu machen und das Regime ernsthaft herauszufordern. Das duale System der islamischen Republik mit seinen zahlreichen Parallelinstitutionen verfügt letztlich immer noch über einen „Baukasten“, aus dem Elemente für die Erweiterung von Pluralismus, Freiheit und Demokratie in einem islamischen Staat entnommen werden können. Khatamis Schriften, in denen er konzeptionelle Ansätze in Richtung einer dialogorientierten islamischen Demokratie formuliert hat, werden in Iran gegenwärtig jedoch eher unter dem Ladentisch verkauft.

Literatur

- Ahouie, Mahdi (2008), *Iranian Political Elite and Israel. A Study of Iranian Political Discourse on Israel and Zionism, 1948-2008*, Teheran: unveröffentlichte Dissertation.
- Fürtig, Henner (2007), Iranischer Antisemitismus unter Ahmadinedschad. Alter Wein in neuen Schläuchen?, in: Wolfgang Benz und Juliane Wetzels (Hrsg.), *Antisemitismus und radikaler Islamismus*, Essen: Klartext Verlag, 103-127.
- Khatami, Mohammad (2009), *Mardom-Salari*, Teheran: Entesharat Tarh-e Nou.
- Khomeini, Ruhollah (1982), *Mostaz'afin, Mostakbarin*, Teheran: Amir Kabir.
- Khomeini, Ruhollah (2003), *Jahan-e Eslam az Didgah-e Emam Khomeini*, Teheran: Mo'assase-ye Tanzim va Nashr Asar-e Emam Khomeini.

■ Der Autor

Oliver Borszik (M.A.) ist Doktorand im Fach Islamwissenschaft an der Universität Hamburg und am GIGA Institut für Nahost-Studien sowie Promotionsstipendiat des Evangelischen Studienwerks Villigst e.V.

E-Mail: <borszik@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/borszik>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell wird die transnationale Netzwerkbildung im politischen Islam im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ im Forschungsschwerpunkt 2, „Gewalt und Sicherheit“ untersucht. Iran nimmt hierbei einen breiten Raum ein.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Büchs, Annette (2010), *Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

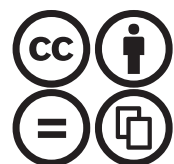
Fürtig, Henner (2009), *Turbulente Wahlen in Iran: Die Islamische Republik am Scheideweg?*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Mattes, Hanspeter und Sigrid Faath (2011), *Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM